

# Die grosse eidgenössische Kakophonie

Wie die Schweiz Schritt für Schritt in den Fremdsprachen-Zwist schlitterte

Die Frage, welche Sprachen in den öffentlichen Schulen gelehrt werden sollen und wann, rührt die Schweiz immer mehr auf. Solange man eine einheitliche Lösung will, ist Streit programmiert.

Christophe Büchi

Jahrzehntlang hat die Schweiz ihre Sprachenprobleme pragmatisch angepackt. Was dabei herauskam, war zwar nicht unbedingt intellektuell bestechend, sondern föderalistisch buntscheckig – aber irgendwie funktionierte es. Nun sieht es ganz so aus, als ob sich das ändern sollte.

Im ganzen Land streitet man sich in lauten Tönen über die Frage, welche Fremdsprachen in den öffentlichen Schulen gelehrt werden sollen und in welcher Reihenfolge. Fast jede Woche gibt es in den Medien schrille Schlagzeilen zum Thema. Nun könnte der «Sprachenstreit» sogar zu einem wichtigen Thema im eidgenössischen Wahljahr 2015 werden. Denn nachdem die SVP in der Deutschschweiz bereits seit längerem gegen zwei Fremdsprachen in den Primarschulen Sturm gelaufen war, beschloss jetzt auch die SP, das Thema aktiv zu bewirtschaften. Sie will sich nun zur Verteidigerin der Landessprachen machen. Notfalls, so lassen die Sozialdemokraten durchblicken, wollen sie die Priorität der Landessprachen sogar in der Bundesverfassung festschreiben lassen.

## Erfolgreiche Pioniere

Wie aber kommt es, dass eine Frage, die während Jahrzehnten nur einige Pädagogen und eine kleine Schar von Bildungspolitikern beschäftigte, nun plötzlich zu einem Politikum erster Güte werden konnte? Es ist eine lange Geschichte: die Geschichte eines mehrsprachigen Landes, das die Sprachenfragen während Jahrzehnten dadurch löste, dass es sie gar nicht stellte, sich aber Schritt für Schritt in die Sackgasse manövrierte. Eine Geschichte auch, die wieder einmal illustriert, dass der Weg zur Hölle oft mit guten Vorsätzen gepflastert ist.

In der Tat hatte die Schweiz lange Zeit überhaupt keine eigentliche Sprachenpolitik. Nur in einer Periode war es anders: Die Helvetische Republik, die



Wie viele Fremdsprachen sind gut für das Kind und welche? Eine Frage, die seit langem für Uneinigkeit sorgt. CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

1798 nach französischem Modell geschaffen wurde, entwickelte eine ambitionierte Schul- und Sprachenpolitik. Der junge Unterrichtsminister Philipp Albert Stapfer wollte, dass die Schweizer Kinder schon ab dem dritten Schuljahr eine andere Landessprache lernen. Dies war alles sehr schön. Nur: Die Helvetische Republik krachte schon fünf Jahre nach ihrer Gründung zusammen. Und damit war auch ihre schöne Schul- und Sprachenpolitik begraben.

Ganz anders machten es 1848 die Väter des eidgenössischen Bundesstaates. Sie hüteten sich nämlich, sich an der Sprach- und Schulpolitik die Finger zu verbrennen. In der ersten Bundesverfassung gab es zu den Sprachen nur einen lakonischen Artikel, des Inhalts, dass Deutsch, Französisch und Italienisch die Landessprachen sind. Auch von der Schulpolitik liessen sie die Hände: Diese wurde ganz «vergessen» beziehungsweise der Kompetenz der Kantone überlassen. Nur eine Ausnahme machte die Bundesverfassung: Sie sah vor, dass der Bund eine Landes-

universität und eine Technische Hochschule gründen dürfe.

Der Schulföderalismus, der 1848 verankert wurde, gefiel den fortschrittlich Gesinnten aber schon damals nicht. Sie forderten, dass der Bund für die Volksschule verantwortlich wird. Eine erste Totalrevision der Bundesverfassung, die dem Bund weitgehende Kompetenzen im Unterrichtswesen einräumen wollte, scheiterte aber 1872 an der Urne, nicht zuletzt am Widerstand der Föderalisten und der Romands. Zwei Jahre später wurde dann eine abgespeckte Vorlage angenommen. Nun hiess es nur noch, dass die Kantone einen «genügenden» Schulunterricht anbieten sollten.

Damit blieben die Kantone weiterhin die Herren der Schulpolitik; nur gerade im Turnunterricht und bei der Berufsbildung war der Bund federführend. Auch im Sprachenunterricht konnten die Kantone also weiterhin machen, was sie wollten. Man muss aber sagen: Die meisten machten nicht viel. Der Fremdsprachenunterricht war fast überall, auch in den mehrsprachigen Kantonen,

der «höheren» Bildung vorbehalten. – Erst nach dem Zweiten Weltkrieg kam Bewegung in die Szene. Nicht zuletzt wegen der steigenden Mobilität wurde die kantonale Vielfalt jetzt immer mehr als Wildwuchs empfunden, den es zu beseitigen gelte. Von den 1960er Jahren an wurde immer lauter nach einer Vereinheitlichung der Bildungslandschaft gerufen. Pikanterweise war es die junge SVP, die mit einer Volksinitiative den Motor anwarf, der nach jahrzehntelangem Hin und Her 2006 zur Annahme des Bildungsartikels der Bundesverfassung führen sollte.

Auch im Sprachenunterricht wollte man nun endlich Druck aufsetzen. 1975 einigten sich die in der EDK zusammengeschlossenen Kantone auf einen Kompromiss: Sie erliessen die Empfehlung, wonach die erste Fremdsprache künftig ab dem 4. oder 5. Schuljahr gelehrt werden sollte. Dass dies eine Landessprache sein würde, verstand sich von selbst.

Doch der Siegeszug des Englischen brachte diesen mühsam erarbeiteten Kompromiss zu Fall. In den neunziger

Jahren prellte der Kanton Zürich unter dem Erziehungsdirektor Ernst Buschor vor und begann, anfangs «probeweise», Englisch vor Französisch unterrichten zu lassen. Damit war die entscheidende Bresche zugunsten des Englischen geschlagen. 2005 rangen sich die Kantone im Rahmen der EDK zu einem neuen Kompromiss durch: Die Kantone sollten künftig in der 3. Klasse mit der ersten und im 5. Schuljahr mit einer zweiten Fremdsprache beginnen. Die Kantone sollten frei sein zu entscheiden, ob sie mit Englisch oder einer Landessprache beginnen wollten, aber am Ende der obligatorischen Schulzeit sollte das gleiche Niveau erreicht sein.

## Neue alte Probleme

Die welschen Kantone pakteten nun im Eilverfahren das Frühdeutsch ab der 3. Klasse durch, die Kantone der westlichen Deutschschweiz führten Frühfranzösisch vor Englisch ein, die östliche Deutschschweiz versuchte es mit Frühenglisch und nachgebautem Französischunterricht. Doch in der Ostschweiz, in der Zentralschweiz und in Zürich kam bald die Retourkutsche: In mehreren Kantonen wurden Volksinitiativen unter dem Motto «Zwei Fremdsprachen in der Primarschule sind zu viel» eingereicht. Sie wurden in der Volksabstimmung teilweise knapp, teilweise deutlich abgelehnt. Danach herrschte vorübergehend wieder Ruhe im Land.

Doch in den letzten Wochen und Monaten kam das unter dem Deckel gehaltene Problem wieder zum Vorschein. Im Thurgau, dann in Nidwalden geriet das Frühfranzösisch erneut unter politischen Druck. Man kennt die Folgen. Zurzeit ist guter Rat teuer. Am besten wäre aber immer noch, was die Waadt- ländin Erziehungsdirektorin Anne-Catherine Lyon in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» vorgeschlagen hat: Die Kantone sollten versuchen, innerhalb der EDK einen neuen Kompromiss auszuhandeln. Dies wird wohl einige Zeit erfordern. Aber es ist immer noch besser als eine einheitliche Bundeslösung, bei der eines der beiden Lager klein begeben muss. Denn damit wäre die nationale Kohäsion nun wirklich strapaziert.

Mit anderen Worten: Der Schulföderalismus ist zwar ein schlechtes System. Aber alle anderen, dies zeigt die Geschichte des Schweizer Schulsystems, sind noch schlechter.

## «Was für Biel gut ist, muss für Schaffhausen nicht unbedingt richtig sein»

Der Sprachwissenschaftler und Germanist Anton Näf über Fremdsprachen in der Schule

Herr Näf, als Germanistikprofessor an der Universität Neuenburg haben Sie jahrelang französischsprachige Studenten Deutsch gelehrt. Wie gut – oder wie schlecht – können eigentlich die jungen Romands Deutsch?

Die Studenten, die das Fach Germanistik studieren, sind natürlich nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Von der Matura her bringen diese – nach insgesamt zehn Jahren Deutschunterricht – das Niveau B2 mit, die besten unter ihnen sogar C1, ein relativ hohes Niveau also. Die Deutschkenntnisse bei Abschluss der obligatorischen Schulzeit sind dagegen bei vielen Schülern sehr begrenzt. Deutsch ist eben bei vielen unbeliebt, nicht zuletzt auch deshalb, weil es ein Selektionsfach ist. Und wenn die Motivation und die Einsicht in den Nutzen fehlen, bleibt von den sieben Jahren häppchenweisen Deutschunterrichts nicht viel hängen. Entsprechendes gilt für den Französischunterricht in der Deutschschweiz.

In den letzten Jahren haben die welschen Kantone viel Geld in den Sprachenunterricht investiert, insbesondere auch in die Vorverlegung des Deutschunterrichts in die Primarschule. Hat sich das Deutschniveau der Schulabsolventen dadurch verbessert?

Wenn man diese Frage wirklich beantworten wollte, müsste man mit Schülern vor dreissig Jahren und den heutigen die gleichen Sprachtests durchführen. Dabei käme vielleicht Folgendes heraus: Im Vergleich zu früher wagen es heute die Schüler, auch mit bloss approximativem Kenntnissen etwas zu sagen. Und das scheint mir insgesamt positiv, vor allem für die obligatorische Schule. Ein Bonmot besagt, dass die Romands früher zwar nicht Deutsch sprechen konnten, dies dafür aber korrekt. Heute sei es umgekehrt.

Seit Jahren sind die Kantone gehalten, schon auf Primarschulebene alle Schüler und Schülerinnen in einer zweiten Landessprache unterrichten zu lassen. Bringt dies eine Verbesserung der Sprachkenntnisse?

Die Promotoren der Einführung von zwei Fremdsprachen für alle gingen nicht nur von sehr optimistischen Erwartungen, sondern auch von einem problematischen Konzept von Chancengleichheit («Allen das Gleiche») aus. Es ist von daher kaum überraschend, dass nun bei vielen Lehrpersonen eine Ernüchterung eingesetzt hat. Nicht alle Kinder sind eben sprachbegabt, genauso wie nicht alle zeichnen oder singen können. Ein Viertel der Primarschüler

dürfte mit zwei Fremdsprachen überfordert sein. Unter ihnen auch Migrantenkinder, oft aus sozial benachteiligten Familien, die ja mit vier oder mehr Sprachen zurechtkommen müssen – eine Herkulesaufgabe. Aus Gründen der politischen Korrektheit wird diese Problematik aber kaum thematisiert.

In einem Teil der Deutschschweiz regt sich immer stärkerer Widerstand gegen



«Englisch für alle – Französisch für die Elite.»

Anton Näf  
Sprachwissenschaftler

den Französischunterricht auf Primarschulstufe – man schaue in den Thurgau oder nach Nidwalden. Zwei Fremdsprachen seien zu viel, wird argumentiert. Sie haben wiederholt ein gewisses Verständnis hierfür geäußert. Warum?

Es ist nicht erstaunlich, dass der Widerstand von der östlichen Deutschschweiz her kommt. Was für das zweisprachige Biel sinnvoll ist, braucht nicht unbe-

dingt auch für Schaffhausen oder das St. Galler Rheintal richtig zu sein. Die Lehrpersonen beklagen, dass die Vermittlung von zwei Fremdsprachen wegen ungenügender Rahmenbedingungen zu einer Art spassgetriebener Veranstaltung wird, bei der das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag nicht stimmt.

Es heisst immer wieder, je früher man beginne, Sprachen zu lernen, desto besser. Stimmt das?

In dieser allgemeinen Form sicher nicht. Als die EDK vor rund zehn Jahren die Weichen für den frühen Fremdsprachenunterricht stellte, gab es die Vorstellung, dass es ein frühes, für den Spracherwerb optimales «Zeitfenster» gebe. Das konnte aber empirisch nicht erhärtet werden – ja, es trifft das Gegenteil zu: Ältere Kinder und Erwachsene lernen schneller. Der Slogan «early is better» trifft am ehesten noch für die Aussprache zu. Unbestritten – aber unter den Bedingungen der Schule kaum realisierbar – sind dagegen die Grundsätze «more is better» und «better is better».

Der Gegensatz zwischen jenen, die an den zwei Fremdsprachen in der Primarschule festhalten, und jenen, die sich

widersetzen, scheint schwer überwindbar. Was raten Sie den Kantonen?

Man kann sich verschiedene Lösungen vorstellen. Wenn man Französisch auf der Primarstufe beibehält, könnte man die schwächeren Schüler von diesem Fach dispensieren. Für die östliche Deutschschweiz habe ich einmal das Prinzip «Englisch für alle, Französisch für die Elite» vorgeschlagen, sozusagen wie früher das Latein. Das würde die zweitgrösste Landessprache zweifellos aufwerten. Auf der Sekundarstufe I wäre der Französischunterricht nur noch bei den Anforderungsstufen A und B obligatorisch. Französisch bleibt in meiner Sicht auch östlich der Reuss wichtig, insbesondere für jene Schüler, die später gesamtschweizerische Funktionen ausüben. Wenn man vom 7. bis 9. Schuljahr die Stundendotation auf 4 Lektionen pro Woche erhöht (eventuell auf Kosten des Englischen), erreicht man fast die gleiche Gesamtstundenzahl wie bei 7 Jahren mit 2 Lektionen. So könnte gewährleistet werden, dass das Französischniveau am Ende der Schulzeit jenem des Englischen entspricht.

Interview: Christophe Büchi

Anton Näf ist emeritierter Professor für Deutsch an der Universität Neuenburg und zurzeit interimistischer Direktor des «Glossaire», des welschen «Patois-Idiotikons».